

Beginn: 19:00 Uhr
 Ende: 19:20 Uhr

Sitzung-Nr: 08/gr/008/2021
 WP.: 2019/2024

NIEDERSCHRIFT

über die am 24.03.2021 in der Ramburghalle, Hauptstraße 20, 76857 Ramberg stattgefundene 8. Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Ramberg

Zeit, Ort und Tagesordnung wurden am 19.03.2021 öffentlich bekannt gemacht (§ 34 Abs. 6 GemO)
 Alle Ratsmitglieder wurden am 16.03.2021 schriftlich eingeladen.
 Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder gemäß § 29 GemO: 12
 Zahl der Beigeordneten: 3, stimmberechtigte Beigeordnete: 2

Zu Beginn der Sitzung waren anwesend:

Ortsbürgermeister

Jürgen Munz	
-------------	--

Erster Beigeordneter und Ratsmitglied

Norbert Claßen	Vorsitzender bei TOP 7.3
----------------	--------------------------

Beigeordneter und Ratsmitglied

Thomas Dietrich	
-----------------	--

Beigeordneter

Marco Engel	
-------------	--

Ratsmitglieder

Judith Engel	
--------------	--

Rudi Erdle	
------------	--

Hans-Dieter Klein	ab 19:04 Uhr
-------------------	--------------

Thomas Munz	
-------------	--

Gerhard Hög	
-------------	--

Jürgen Klos	
-------------	--

Gerhard Wagner	
----------------	--

Schriftführer

Carolin Jost	
--------------	--

Ferner sind anwesend

Pressevertreter	
-----------------	--

Abwesend:

Ratsmitglieder

Bastian Dietrich	entschuldigt
------------------	--------------

Andre Erdle	entschuldigt
-------------	--------------

Marianne Halmburger	entschuldigt
---------------------	--------------

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Auftragsvergaben
- 3 Grundsatzbeschluss zur Einrichtung einer barrierefreien Bushaltestelle
Vorlage: 08/120/IV/392/2021
- 4 Bauangelegenheiten
- 4.1 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag Pl.Nr. 469/3 und 465/4

4.2 Weitere Bauangelegenheiten

5 Informationen des Ortsbürgermeisters

Der Vorsitzende begrüßte die anwesenden Ratsmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Schriftführerin der Verbandsgemeindeverwaltung sowie den Vertreter der Presse.

Damit der zurzeit notwendige Mindestabstand gewahrt wird, wurden die Ratstische entsprechend gestellt. Auch die Stühle für die Zuschauer wurden mit entsprechend Abstand aufgestellt. Der Vorsitzende weist ausdrücklich darauf hin, dass der per Landesverordnung bestimmte Mindestabstand von 1,50 unbedingt und jederzeit einzuhalten ist. Gemäß den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts sind Sitzungen auch im zeitlichen Umfang auf das absolut notwendige Maß zu reduzieren. Personen mit akuten Symptomen (trockener Husten etc.) sind auszuschließen. Der Vorsitzende weist auch darauf hin, dass die Namen aller Anwesenden, zum Zwecke der Information im Falle einer später bekannt gewordenen Infektion, notiert werden müssen.

Während der gesamten Dauer der Sitzung ist eine Mund-Nasen-Maske zu tragen, also auch am Sitzplatz trotz Einhaltung der Mindestabstände zu anderen Teilnehmern. Lediglich bei Redebeiträgen soll die Maske abgenommen werden.

Zu der Sitzung wurde schriftlich durch die Post eingeladen. Zudem wurde die Sitzung öffentlich im Trifelskurier bekannt gemacht. Beanstandungen hinsichtlich der ordnungsgemäßen Einladung wurden keine gemacht. Somit stellt der Vorsitzende die ordnungsgemäße Einladung fest.

Bei 10 anwesenden Ratsmitgliedern stellt der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit fest.

Über die Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ erhielt der Vorsitzende einen Antrag der Wählergruppe Klos. Dieser fordert Tagesordnungspunkte aus dem nicht öffentlichen Teil in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Der Antrag liegt dieser Niederschrift bei.

Entsprechend des § 35 GemO wurde vor Eintritt in die Tagesordnung über den Antrag der Wählergruppe Klos entschieden.

Es wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt. Die Besucher verließen daher um 19:04 Uhr den Sitzungssaal.

Vom Fraktionsvorsitzenden der Fraktion RBL Thomas Munz wurde gefordert, dass die Weitergabe des Antrages an die Presse und die damit verbundenen Informationen aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil rechtlich überprüft und geahndet wird.

Ebenso wurde das fehlende Datum sowie die fehlende Hausnummer des Fraktionsvorsitzenden auf dem Antrag beanstandet.

Nachdem der Vorsitzende den Antrag vorgelesen hatte und Stellung zu der Tagesordnung nahm, wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Gemeinderat beschließt mit 3 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen den Antrag TOP 6.1 nicht im öffentlichen Teil zu behandeln.
2. Mit 3 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen wurde der Antrag, TOP 7.2 im öffentlichen Teil zu behandeln, abgelehnt.
3. Der Antrag TOP 8.1 im öffentlichen Teil zu behandeln wurde mit 3 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen abgelehnt.
4. Der Gemeinderat beschließt mit 3 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen den Antrag TOP 10 nicht im öffentlichen Teil zu behandeln.

Die Öffentlichkeit wurde um 19:10 Uhr wiederhergestellt.

Anschließend informierte der Vorsitzende, dass der Antrag der Wählergruppe Klos die Tagesordnungspunkte 6.1, 7.2, 8.1, und 10 in öffentlicher Sitzung zu behandeln vom Gemeinderat abgelehnt wurde. Er fügte hinzu, dass es sich bei den zu behandelnden Themen um erste Informationen an den Gemeinderat, um Vertragsangelegenheiten bzw. persönliche Angelegenheiten handelt, welche entsprechend der Gemeindeordnung im nicht öffentlichen Teil zu behandeln sind.

1 Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner wurden folgende Themen angesprochen:

- Artenschutzgutachten für das geplante Baugebiet Ohlsbach. Der Bürgermeister antwortete, dass die artenschutzrechtliche Bewertung noch nicht abgeschlossen ist.
- Abriss des Anwesens Schloßbergstraße 5. Der Bürgermeister antwortete, dass die Ortsgemeinde einen Förderantrag gestellt hat und auf den Bescheid wartet.
- Breitbandausbau. Der Vorsitzende verwies auf die Internetseite der Kreisverwaltung auf der ein aktualisierter Bauzeitenplan einzusehen ist.

2 Auftragsvergaben

Kein Anfall.

3 Grundsatzbeschluss zur Einrichtung einer barrierefreien Bushaltestelle Vorlage: 08/120/IV/392/2021

Die Umsetzung einer barrierefreien Haltestelle in jeder Gemeinde wird rechtlich gefordert.

Die Verpflichtung ergibt sich aus **§ 8 Abs. 3 Personenbeförderungsgesetz**. Danach ist geregelt, dass die Barrierefreiheit **bis 01.01.2022** zu erreichen ist.

Für den Ausbau solcher Haltestellen wird eine **Landesförderung der zuwendungsfähigen Baukosten bis zu 85 %** in Aussicht gestellt.

In einem ersten Schritt sind die vorhandenen Haltestellen zu dokumentieren, die grundsätzliche Machbarkeit zu prüfen und ein erster Kostenansatz für die weiteren Planungen zu ermitteln. Hierzu soll eine Bedarfsplanung erstellt werden.

Danach wird festgelegt, welche Bushaltestelle umgebaut wird und die **Planungsleistungen der Leistungsphasen 1-4 für die Zuschussbeantragung** ausgeschrieben. Die weiteren **Leistungsphasen 5-9** für die Umsetzung der Maßnahmen werden nach Vorliegen des Bewilligungsbescheides beauftragt.

Nach Beantwortung der aufkommenden Fragen, beschließt der Gemeinderat einstimmig, wie im Sachverhalt beschrieben, die Umsetzung einer barrierefreien Bushaltestelle.

4 Bauangelegenheiten

4.1 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag Pl.Nr. 469/3 und 465/4

Den Ratsmitgliedern wurde zusammen mit der Einladung ein Bild zugesandt, auf welchem der gewünschte Neuanstrich einer Firma zu erkennen ist.

Lt. Bebauungsplan „Gewerbegebiet Niederwiesen“ sind Wandverkleidungen in glasierten Material sowie Werbung in Text und Bild, welche das gesamte Gebäude überspannen nicht zulässig. Lediglich einzeln aufgestellte Markensymbole. Ebenso sind grelle Farben an der Außenfassade zu vermeiden.

Das Bild liegt der Originalniederschrift als Anlage bei.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem Neuanstrich entsprechend der Bildvorlage zu.

4.2 Weitere Bauangelegenheiten

Kein Anfall.

5 Informationen des Ortsbürgermeisters

Der Vorsitzende informierte über folgende Angelegenheiten:

- Stand Sanierung Ramburghalle.
- Absage der Mulcharbeiten unter dem Feldkreuz durch die Naturschutzbehörde.

Der Vorsitzende beendete um 19:20 Uhr den öffentlichen Teil.

Worüber Niederschrift

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin